

Sie stürmen auf die Bühne und halten ihre Plakate hoch. „Herr Gabriel, Klimaschutz braucht Kohleausstieg!“ steht darauf. Doch Sigmar Gabriel lässt sich nicht provozieren, er reagiert mit Gelassenheit. Er sei ja auch mal jung gewesen und entsinne sich, „wie gerne ich Politiker geärgert habe“, sagt der Energieminister und lächelt den Demonstranten milde zu.

Die mehreren Hundert Gäste einer Energiekonferenz in Berlin applaudieren dem Redner. Die Klimaschützer könnten nicht gleichzeitig den Atomausstieg fordern und das Ende der Kohlekraft, sagt Gabriel. Sie würden sich damit zwar „ein gutes Gewissen“ machen. Aber die Industrie gehe dabei kaputt.

Es ist die Botschaft, die der Vizekanzler derzeit überall verkündet. Auf dem Papier und in ihren Reden halten Gabriel und Kanzlerin Angela Merkel noch am Ziel fest, bis zum Jahr 2020 den CO₂-Ausstoß um mindestens 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. So steht es im Koalitionsvertrag. Doch hinter den Kulissen hat der Vizekanzler schon die Losung ausgegeben: Das Ziel ist nicht zu halten. Der Preis sei zu hoch, der Klimaschutz würde am Ende zu viele Arbeitsplätze kosten.

Es ist eine spektakuläre Wende. Es ist nicht lange her, da ließ sich Merkel als Klimakanzlerin feiern. Als Gabriel 2007 noch Umweltminister war, besichtigte er Grönland und sorgte sich um das Abschmelzen des Eises. Nun sorgt er sich eher um die Umfragewerte der SPD. Und die Demoskopien zeigen, dass es beim Thema Klima für die SPD nichts zu gewinnen gibt.

Die Volte ist riskant. Viele in der SPD sind nicht so wendig wie der Parteichef. Es kursiert ein Schreiben prominenter Genossen, das Gabriel dringend davor warnt, die SPD zurück in eine Vergangenheit zu führen, als sich die Partei noch mit rauchenden Schloten identifizierte.

Monatelang hat Gabriel die Staatssekretäre Jochen Flasbarth (Umwelt) und Rainer Baake (Wirtschaft) prüfen lassen, was der Eintrag im Koalitionsvertrag in der Praxis genau bedeutet. Denn alle Experten wissen: Ohne das vorzeitige Aus von etwa 15 bis 20 Kohlekraftwerken ist das Klimaziel nicht erreichbar. Aber was heißt das für den Strompreis? Wie viele Kohlekraftwerke müssten wirklich vom Netz? Und wie viele Arbeitsplätze kostet das?

Gabriel war nicht grundsätzlich dagegen, alte Kohlemeiler abzuschalten. Nur dürfe das keinen „Staub aufwirbeln“. Im Klartext: Gabriel wollte kein Geschrei der Energiekonzerne, und er hatte auch keine Lust auf Proteste vor seinem Ministerium. Diskret verhandelte Baake mit den Energieversorgern. Der Chefbeamte ging davon aus, ein Abschalten alter Kraftwerke sei auch im langfristigen Interesse der Betreiber, weil dann der Strompreis und damit



Rauchende Schlote

Umwelt Kohlekraftwerke statt Klimaschutz: Schwarz-Rot geht auf Abstand zum eigenen Koalitionsvertrag. Für SPD-Chef Gabriel ist das eine riskante Volte.

auch die Erlöse wieder steigen würden. Baakes Fehler: Er bezog die Betriebsräte und Gewerkschaften nur unzureichend ein.

Denn plötzlich baten die Spitzen der Stromerzeuger bei Gabriel um Termine, Energie-Betriebsräte sprachen in Berlin vor, und die IG BCE, die Gewerkschaft der Kohlekumpel, begann zu rebellieren. Die Telefonate zwischen Gabriel und Gewerkschaftsboss Michael Vassiliadis häuften sich – und plötzlich war das 40-Prozent-Ziel, das Umweltminister Gabriel einst selbst formuliert hatte, nur noch eine Wunschvorstellung.

Den Sieg der Kohlelobby verkündete Gabriel erst einmal in kleiner Runde, und er hüllte die Kurskorrektur in das Kleid einer politischen Notwendigkeit. „Ist doch klar, dass das Ziel nicht zu halten ist“, dozierte er. In seinem Ministerium gab er die Devise aus: „Wir können nicht von jetzt auf gleich aus der Kohle raus.“

In der vergangenen Woche tat er die Abkehr dann auch einem größeren Kreis kund. Bei einem Treffen mit Vattenfall-Betriebsräten in Berlin sagte er laut Redemanuskript, wer die Kohle sofort abschaffen wolle, werde „in kurzer Zeit ganze

Regionen in Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit“ stürzen.

Zunächst leistete Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) noch Widerstand. Sie erinnerte an den Koalitionsvertrag und auch daran, dass Deutschland auf der internationalen Bühne gern als Musterschüler auftrete. Doch Hendricks ist eine Ministerin von Gabriels Gnaden, und der Parteichef gab ihr in einem emotional geführten Gespräch zu verstehen, dass er keinen Widerspruch duldet: „Das läuft so nicht!“

Das Abrücken vom Klimaziel markiert auch einen Strategiewechsel des SPD-Chefs. Für die Partei ist die Kurskorrektur heikel. Die engere Parteiführung schweigt. Aber Gabriel ist nicht allein. Ein Spitzengenosse formuliert wie selbstverständlich: „Dass das Minderungsziel 2020 keine Punktlandung wird, liegt doch auf der Hand.“

Gabriel glaubt nicht daran, dass es Sinn macht, den Grünen nachzueifern, wenn es um das Weltklima geht. Außerdem musste er erkennen, dass der eher linke Kurs im Bundestagswahlkampf 2013 nicht den erhofften Schub gebracht hat. Gerade Geringverdiener und Arbeitslose blieben zu Hause oder wanderten zu Union und AfD ab. Gabriel will die SPD deshalb in die Mitte führen, er möchte sie pragmatischer und wirtschaftsfreundlicher positionieren.

Rückenwind erfährt er von den Umfragen, die regelmäßig bei der Regierung eintrudeln. Gabriel hat sie sich genau angesehen. Wenn die SPD zur Union aufschließen will, muss sie ihre ökonomische Kompetenz aufpolieren. 53 Prozent der Deutschen maßen der Union zuletzt Wirtschaftskompetenz bei, nur 19 Prozent der SPD. Noch weniger, nämlich nur 9 Prozent, attestieren den Genossen Kompetenz beim Klimaschutz, den Grünen hingegen 59 Prozent. Uneinholbar, glaubt Gabriel. Deshalb hat er das Klima als mögliches Gewinnerthema abgeschrieben.

Harsche Kritik trägt ihm die neue Prioritätensetzung bereits bei den Umweltverbänden ein. „Mit seinem altbackenen Kohlekurs wird die SPD zum Totalausfall in der Umweltpolitik“, kritisiert der Greenpeace-Energieexperte Tobias Münchmeyer. „Offenbar stellt Gabriel seine Kanzlerkandidatur 2017 über den Koalitionsvertrag 2013.“

Auch in der SPD-Fraktion regt sich Widerstand. Dort gibt es eine Reihe von Umweltpolitikern, die es für falsch halten, sich an aktuellen Umfragen zu orientieren. Fraktionsvize Ute Vogt wies am vergangenen Dienstag darauf hin, dass das Minderungsziel von 40 Prozent klar im Koalitionsvertrag verankert sei. Für die SPD sei es hochgefährlich, davon abzurücken: „Wir müssen bei dem Thema sichtbar bleiben.“ Ohne strengere Regelungen, so Vogt, „schaffen wir das Klimaziel nicht“.

Auch der SPD-Umweltpolitiker Matthias Miersch warnte vor einem Zurück zur

alten Kohlepartei SPD. „Es ist grundfalsch, den Eindruck zu erwecken, wir hätten das Klimaziel aufgegeben“, sagte er. Es sei „ein Fehler, die Umwelt gegen die Wirtschaft zu stellen“.

Gabriel weiß, welcher Konflikt auf ihn zukommt. „Es geht um 50 000 Arbeitsplätze“, beschwor er seine Abgeordneten, „aber genauso wichtig ist, dass wir zusammenbleiben.“ Er werde als Wirtschaftsminister nicht anders auftreten als damals als Umweltminister. Gewiss sei aber auch: „Wir werden keine staatlichen Eingriffe vornehmen, die Kohlekraftwerke stilllegen.“

Genau das aber wollen viele in der SPD. In einem offenen Brief an die Parteispitze fordern mehrere verdiente Öko-Vordenker, darunter Erhard Eppler, Ernst Ulrich von Weizsäcker oder der frühere Forschungsminister Volker Hauff, ein Bekenntnis zum 40-Prozent-Ziel. „Diese nationale Maßnahme ist auch deshalb wichtig, weil die Ende Oktober beschlossenen Klima- und Energieziele der EU für 2030 leider viel zu wenig ehrgeizig sind und bei der Energieeinsparung unverbindlich bleiben“, heißt es in dem Papier.

In der Kritik bricht sich auch der Verdross über einen Parteivorsitzenden Bahn, der immer häufiger im Alleingang die Parteilinie vorgibt. Ende vergangener Woche versammelte sich der linke Flügel der Partei in Magdeburg. Dort rumort es schon seit Längerem, weil man Gabriel einen zu autoritären Führungsstil vorwirft. Die Linken sind aber auch grundsätzlich unzufrieden mit der Linie des Vorsitzenden. In einem Programmpapier heißt es: „Wir sind überzeugt: Hektische und unsouveräne Versuche, die Programmatik der SPD wieder nach rechts zu verschieben, um damit eine vermeintliche Mitte anzusprechen, sind – das zeigen unsere Erfahrungen – der falsche Weg.“

Gabriel hält das für Unsinn. Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung sei schuld, wenn das 40-Prozent-Ziel nicht eingehalten werden könne, sagt er. Er weiß allerdings auch, dass dies nur die halbe Wahrheit ist. Deshalb könnte das Aktionsprogramm, das am 3. Dezember verabschiedet werden soll, eine Reihe von Luftbuchungen enthalten. Mit stark überhöhten Potenzialen für die Energieeffizienz und einer gestreckten Zeitachse. Schon jetzt hält Gabriel „eine Betrachtung über das Jahr 2020 hinaus für sinnvoll – zum Beispiel bis 2030“.

Darüber hinaus könnte jener Strom herausgerechnet werden, der zwar in deutschen Kohlekraftwerken entsteht, aber in die Nachbarländer exportiert wird. Es wäre einer jener Taschenspielertricks, die Gabriel mit besonderer Freude aufgedeckt hätte – als er noch in der Opposition saß.

Horand Knaup, Gerald Traufetter

Neue Wege in die Tiefe

Erdgas Die Koalition hat das Verbot von Fracking abgeräumt. Eine Wissenschaftlerkommission soll die umstrittene Gasförderungsmethode erlauben dürfen.

Es ist ein ohrenbetäubender Kampf, der sich an diesem Nachmittag zwischen Maschinen und den Urgewalten der Natur abspielt. Ein Dutzend riesige Trucks stehen auf einem Grasfeld in der Nähe der texanischen Stadt Fort Worth, auf ihren Hän- gern rattern dieselgetriebene Pumpen.

Inmitten des infernalischen Lärms steht ein kleiner, dünner Mann in blauem Kittel und mit weißem Schutzhelm. Mit fachmännischem Blick betrachtet er die Szenerie. „Das sind die Kompressoren“, brüllt Michael Vassiliadis gegen den Krach an. „Die produzieren den Druck, mit dem der Fels hier unter uns aufgesprengt wird.“

Vassiliadis ist Chef der mächtigen Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie und befindet sich gerade auf Bildungsreise. Er will sich beim Ölmulti ExxonMobil das Fracking ansehen. Das ist die neue Art von Gasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten, die in den USA einen Energieboom ausgelöst hat.

Vassiliadis zählt zu den einflussreichsten Befürwortern der Technologie, die in Deutschland von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen bekämpft wird. Für ihn ist das eine Dämonisierung. „Wir können das Potenzial der Technologie für unsere Wirtschaft nicht einfach beiseitewischen“, sagt Vassiliadis.

Derzeit sieht es so aus, als hätten sich Vassiliadis und seine Mitstreiter durchgesetzt. Vergangenen Donnerstag entstand unter Anleitung von Kanzleramtsminister Peter Altmaier ein Kompromiss, mit dem das ursprünglich geplante Fracking-Verbot ausgehebelt wird. Das Gesetz soll noch 2014 durch den Bundestag.

Ursprünglich wollten Umwelt- und Wirtschaftsministerium Fracking praktisch verbieten, indem sie es erst ab 3000 Meter Tiefe zulassen – wo es in Deutschland

kaum mehr lohnende Schiefergas-Lagerstätten gibt.

Doch Gewerkschaften und Industrieverbände intervenierten, und Altmaier durfte übernehmen. Neben Vassiliadis und dem BDI-Präsidenten Ulrich Grillo machte sich vor allem der wirtschaftsfreundliche Flügel der Union unter Michael Fuchs für das Fracking stark. Wochenlang wurde im Geheimen verhandelt.

Die jetzt erzielte Lösung ermöglicht das Fracking durch eine Hintertür. Demnach wird das 3000-Meter-Verbot ersatzlos gestrichen. Stattdessen soll eine Wissenschaftlerkommission gebildet werden, die künftig über Anträge von Energiekonzernen für Probebohrungen berät.

Stellt dieses mit sechs Gelehrten besetzte Gremium eine „absolute Unbedenklichkeit“ fest, dann soll auch in Deutschland gefracked werden, etwa im nördlichen Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen, wo sich die größten Vorkommen befinden. Um die Kritiker zu besänftigen, wird das Moratorium für kommerzielle Fracking-Bohrungen, das zunächst nur bis 2021 gelten sollte, unbefristet in das Gesetz geschrieben. Auch damit wird sich die Kommission beschäftigen, in die auch Geologen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) sowie unabhängige Wissenschaftler aufgenommen werden sollen. Die BGR, dem Wirtschaftsministerium unterstellt, hat in der Vergangenheit stets die Gefahren des Fracking als überschaubar dargestellt.

Zudem zeichnet sich ab, dass die Kommission per Mehrheit über Anträge entscheidet – auch das ein Sieg der Befürworter. Schließlich kann nicht die Stimme eines einzelnen kritischen Wissenschaftlers ein Fördervorhaben aufhalten.

Der Kompromiss trägt die Handschrift von Kanzleramtsminister Altmaier. Der hatte, damals noch als Bundesumweltminister, eine Kommission zur Suche eines atomaren

Endlagers ins Leben gerufen. Analog dazu wird nun die Verantwortung für künftige Fracking-Bohrungen auf die Wissenschaft abgewälzt.

Die Lösung dürfte auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) gefallen. Er verfolgt einen industrie-freundlichen Kurs. Gabriel kann sich dabei auf die Industrieabteilung seines Hauses verlassen, in der viele Fracking-Freunde arbeiten.

Ein Ministerieller sagt: „In den letzten Tagen ging es nur darum, eine Lösung zu finden, bei der auch das Umweltministerium sein Gesicht wahren konnte.“

Horand Knaup, Gerald Traufetter



Gewerkschafter Vassiliadis*
Lange Geheimverhandlungen

* An einer Fracking-Bohrstelle im texanischen Fort Worth.